

Wofür zum Teufel wurde 2024 eigentlich verzichtet? Mitglied der Initiative IGMvU Gruppe Braunschweig zur Volkswagen-Aufsichtsratsitzung am 03.09.2026

Ich sage es jetzt so deutlich, wie ich es mittlerweile empfinde: Ich habe die Schnauze voll. Und ich schreibe das nicht als Außenstehender, sondern als IG Metall Mitglied, als Vertrauensmann und vor allem als Kollege, der jeden Tag mit den Leuten in der Halle steht und mitbekommt, wie viel Vertrauen inzwischen verloren gegangen ist.

Was mich richtig wütend macht, ist nicht nur das, was Volkswagen gerade macht. Von einem Konzernvorstand erwarte ich, dass er Unternehmensinteressen verfolgt. Dafür gibt es auf der anderen Seite eine Gewerkschaft. Aber was verdammt noch mal ist aus dieser Gegenseite geworden?

Generationen von Kolleginnen und Kollegen haben gestreikt, gekämpft und teilweise persönliche Nachteile in Kauf genommen, um Tarifverträge, bessere Entgelte, Arbeitszeitregelungen, Sonderzahlungen, Beschäftigungssicherung, Mitbestimmung und soziale Standards durchzusetzen.

Das alles wurde nicht geschenkt. Und inzwischen entsteht bei mir der Eindruck, dass diese über Jahrzehnte erkämpften Errungenschaften Stück für Stück wieder mit dem Arsch eingerissen werden. Nicht weil die Mitglieder das so beschlossen hätten. Nicht weil die Beschäftigten gesagt hätten: Nehmt uns das wieder weg. Sondern weil auf irgendwelchen oberen Ebenen entschieden wird, was den Beschäftigten als nächstes noch zugemutet werden kann.

2024 wurden bereits erhebliche Zugeständnisse gemacht. Selbst die IG Metall spricht in ihrer eigenen Darstellung von „tariflichen Zugeständnissen“. Die eigentlich vereinbarte Entgelterhöhung von gut fünf Prozent wurde bei Volkswagen zunächst ausgesetzt. Dazu kommen Einschnitte bei weiteren tariflichen Leistungen.

Das wurde mit Beschäftigungssicherung und Standortschutz begründet.

Und keine zwei Jahre später? Der nächste Zukunftsplan. Die nächsten Zehntausenden Arbeitsplätze. Rund 50.000 weitere Stellen sollen nach der Planung konzernweit weg.

Und dieser Zukunftsplan wird im Aufsichtsrat einstimmig beschlossen.

Da frage ich mich inzwischen ganz ernsthaft: Wofür zum Teufel wurde 2024 eigentlich verzichtet?

Was war das alles wert?

Wozu wurde Jahrzehnte lang etwas erkämpft, wenn in jeder neuen Krise wieder in genau diese Kiste gegriffen wird?

Wie viele Errungenschaften sollen noch geopfert werden?

Und wann wird endlich einmal nicht mehr darüber verhandelt, was die Beschäftigten hergeben sollen, sondern darüber, was Vorstand, Management und diejenigen, die jahrelang Fehlentscheidungen getroffen haben, zu verantworten haben?

Für mich ist das inzwischen kein Fortschritt mehr. Das ist tarifpolitischer Rückwärtsgang.

Und besonders bitter wird es beim Thema Beteiligung.

In § 2 der Satzung der IG Metall steht schwarz auf weiß, dass die IG Metall die wirtschaftlichen, sozialen, beruflichen und kulturellen Interessen ihrer Mitglieder zu fördern hat. Dort steht auch, dass die Mitglieder zum gemeinsamen Handeln einbezogen werden sollen. Dort steht die Erringung und Sicherung der Mitbestimmung. Das sind die eigenen Regeln dieser Organisation.

Und die eigene Richtlinie für Vertrauensleute wird noch deutlicher. Dort steht ausdrücklich, dass Mitglieder an der Themensetzung und Entscheidungsfindung beteiligt werden sollen.

Dass Vertrauensleute die Anliegen, Meinungen und Forderungen der Mitglieder an die zuständigen Funktionsträger weitergeben sollen.

Dass gewerkschaftliche Meinungs und Willensbildung von unten stattfinden soll.

Dann frage ich: Wo findet das bei Entscheidungen dieser Größenordnung eigentlich statt?

Für jeden möglichen Kleinkram gibt es Befragungen, Workshops, Dialogveranstaltungen und Beteiligungsformate.

Aber wenn es um Zehntausende Arbeitsplätze geht, wenn tarifliche Errungenschaften zur Disposition stehen, wenn über die Zukunft von Standorten gesprochen wird oder wenn plötzlich Rüstungsproduktion als mögliche Beschäftigungsperspektive auftaucht, dann werden die wirklich Betroffenen vor vollendete Tatsachen gestellt.

Oben wird verhandelt. Oben wird entschieden. Unten wird anschließend erklärt. Das ist für mich keine Beteiligung.

Das ist Beteiligung als Staffage.

Und genau dafür bin ich nicht Vertrauensmann geworden.

§ 14 Ziffer 4 der eigenen Satzung weist dem Ortsvorstand ausdrücklich Aufgaben bei Vertrauenskörpern, Mitgliederversammlungen und Tarfbewegungen zu.

§ 15 bezeichnet die Delegiertenversammlung sogar ausdrücklich als beschlussfassendes Organ der Geschäftsstelle.

Die Strukturen, um Mitgliederinteressen von unten nach oben zu tragen, existieren also.

Dann benutzt sie verdammt noch mal bei den Fragen, bei denen es wirklich um etwas geht.

Ich verlange keine Urabstimmung über jeden Satz einer Aufsichtsratssitzung. Aber ich verlange, dass eine Mitgliederorganisation ihre Mitglieder bei existenziellen Richtungsentscheidungen nicht zu Zuschauern degradiert.

Denn genau so fühlt es sich inzwischen an.

Die Mitglieder dürfen Beiträge bezahlen. Die Beschäftigten dürfen verzichten. Die Belegschaften dürfen Produktivität liefern. Die Leute in den Hallen dürfen mit immer weniger Personal immer mehr auffangen.

Und wenn es richtig ernst wird, dürfen dieselben Leute hinterher erfahren, was irgendwo über ihren Köpfen ausgehandelt wurde.

Das kann nicht der Anspruch einer Gewerkschaft sein.

Besonders grotesk wird es, wenn vorher öffentlich rote Linien gezogen werden.

Weitere 50.000 Stellen? Nicht akzeptabel.

Werksschließungen? Rote Linie.

Und was passiert danach?

Der Aufsichtsrat stimmt dem Zukunftsplan einstimmig zu und darin steht die Größenordnung von rund 50.000 weiteren abzubauenen Stellen. Danach heißt es plötzlich, die konkrete Umsetzung sei ja noch gar nicht entschieden. Entschuldigung, aber irgendwann reicht es mit dieser Wortklauberei.

Natürlich ist noch nicht entschieden, welcher konkrete Arbeitsplatz wann und wo betroffen sein wird. Aber die Richtung wurde beschlossen.

Und die Kolleginnen und Kollegen sind nicht bescheuert. Sie verstehen sehr genau den Unterschied zwischen „es ist noch nichts entschieden“ und „die grundsätzliche Richtung ist beschlossen, über die Verteilung reden wir später“.

Ich lasse mich jedenfalls nicht mehr für dumm verkaufen. Und ich werde das auch den Kolleginnen und Kollegen nicht schönreden.

Ich bin Vertrauensmann und kein Vertriebler für Entscheidungen von oben.

Meine Aufgabe besteht nicht darin, eine fertige Kröte entgegenzunehmen, sie den Kollegen hübsch anzurichten und anschließend zu erklären, warum sie eigentlich ganz gut schmeckt.

Meine Aufgabe ist genau andersherum. Ich soll das, was die Mitglieder denken, wollen und fordern, nach oben tragen. So steht es sogar in der eigenen Vertrauensleute Richtlinie. Und genau das mache ich hiermit.

Dann ist da noch die Rüstungsfrage. Auch da lohnt sich ein Blick in die eigene Satzung.

§ 2. Frieden. Abrüstung. Völkerverständigung.

Dort steht sogar ausdrücklich die Demokratisierung der Wirtschaft unter Fernhaltung militaristischer Elemente.

Das habe nicht ich erfunden. Das steht in der Satzung der IG Metall.

Und gleichzeitig wird heute darüber gesprochen, ob Rüstungsproduktion eine Perspektive für Arbeitsplätze in der Automobilindustrie sein könnte.

Dann will ich eine verdammt klare Antwort darauf haben, wie das zusammenpasst.

Man kann nicht „Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung“ in seine Satzung schreiben und anschließend so tun, als wäre die Frage nach Rüstungsproduktion lediglich eine industriepolitische Geschäftsentscheidung.

Das ist eine Grundsatzfrage.

Vielleicht hat sich die politische Haltung der IG Metall dazu verändert. Kann sein. Aber dann soll man das den Mitgliedern offen sagen. Dann soll darüber diskutiert werden. Dann sollen diejenigen einbezogen werden, denen diese Gewerkschaft gehört.

Und dann soll man nicht jahrzehntelang geltende Grundsätze stillschweigend verbiegen, sobald sich damit irgendwo Arbeitsplätze sichern lassen.

Arbeitsplätze sind wichtig. Natürlich.

Aber wenn Arbeitsplatzsicherung irgendwann das einzige Argument ist, mit dem alles gerechtfertigt werden kann, dann braucht man auch keine politischen und gesellschaftlichen Grundsätze mehr in die Satzung zu schreiben.

Dann kann man § 2 auch gleich streichen.

Genau das meine ich mit Glaubwürdigkeit. Entweder Grundsätze gelten auch dann, wenn es schwierig und unbequem wird. Oder es sind keine Grundsätze. Dann sind es Sonntagsreden.

Und dasselbe gilt für die Tarifpolitik.

Entweder erkämpfte Rechte haben einen Wert. Oder sie sind nur die Verhandlungsmasse für die nächste Krise.

Entweder Mitgliederbeteiligung ist ernst gemeint. Oder die Mitglieder sind nur dann gefragt, wenn ihre Zustimmung gerade politisch gut aussieht.

Entweder Vertrauensleute sollen die Stimme der Basis sein. Oder sie sollen fertige Entscheidungen nach unten verkaufen.

Beides gleichzeitig funktioniert nicht.

Und deshalb habe ich inzwischen ein massives Problem damit, wie diese Gewerkschaft auf höchster Ebene agiert.

Nicht mit den Kolleginnen und Kollegen in der IG Metall.

Nicht mit den vielen Vertrauensleuten und Betriebsräten, die jeden Tag ihren Arsch hinhalten.

Sondern mit einer Politik, bei der die Entfernung zwischen Funktionärschicht und Werkhalle offensichtlich immer größer wird.

Eine Gewerkschaft ist kein Vorstand.

Keine Pressestelle.

Kein Aufsichtsratsmandat.

Keine Funktionärschicht.

Eine Gewerkschaft sind ihre Mitglieder.

Punkt.

Und wer das vergisst, darf sich irgendwann nicht darüber wundern, wenn genau diese Mitglieder fragen, wofür sie eigentlich noch jeden Monat ihren Beitrag bezahlen.

Ich stelle mir diese Frage mittlerweile auch. Nicht weil ich die Idee Gewerkschaft aufgegeben habe. Ganz im Gegenteil.

Weil mir Gewerkschaft zu wichtig ist, um schweigend dabei zuzusehen, wie Vertrauen verspielt und jahrzehntelang Er kämpft Stück für Stück wieder abgegeben wird.

Ich will keine Hochglanzbroschüren darüber lesen, was alles verhindert wurde.

Ich will wissen, was tatsächlich verteidigt wird.

Ich will wissen, wo die verdammt Grenze ist.

Ich will wissen, welche Errungenschaft nicht zur Verhandlungsmasse wird.

Ich will wissen, wann Mitglieder bei den großen Fragen wirklich etwas zu sagen haben.

Und ich will wissen, wie eine Gewerkschaft, die sich laut eigener Satzung für Frieden und Abrüstung einsetzt, Rüstungsproduktion als Beschäftigungsperspektive mit ihren eigenen Grundsätzen vereinbaren will.

Darauf erwarte ich Antworten. Keine Kommunikation. Keine Sprachregelung.

Keine Erklärung, warum alles alternativlos gewesen sei.

Antworten.

Denn ich bin nicht mehr bereit, den nächsten Rückschritt als Erfolg verkauft zu bekommen, nur weil der ursprüngliche Angriff noch schlimmer gewesen wäre.

Jahrzehntelang wurde gekämpft, damit Beschäftigte Schritt für Schritt nach vorne kommen.

Wenn Gewerkschaft heute hauptsächlich darin besteht, auszuhandeln, wie viele dieser Schritte wieder zurückgegangen werden dürfen, dann läuft etwas gewaltig falsch.

Und irgendwann muss jemand das auch genauso aussprechen.

Ich tue es hiermit.

Es reicht.

Christian "Schulle" Schulze (IG Metall Mitglied und Vertrauensmann, Initiative IGMvU Gruppe Braunschweig) vom 5.9.2026

Es schließen sich an:

- Michael Werner, ehem. Vertrauensmann und Bandarbeiter Halle 8, Werk Wolfsburg
- Thorsten Donnermeier IGM Vertrauensmann VW KS
- Hidir Budak, VW Baunatal, Vertrauensmann
- Majuran Srisegaran, IGM Vertrauensmann, VW Braunschweig

Der Offene Brief wird veröffentlicht im LabourNet Germany im Dossier: [Kahlschlag bei VW ab 2024? Autobauer plant Kürzungen in Milliardenhöhe, um »Effizienz« zu steigern](#)